WESER KURIER

TAGESZEITUNG FÜR BREMEN UND NIEDERSACHSEN

MONTAG, 7. JULI 2025 | 81. JAHRGANG | NR. 155 | EINZELPREIS 2,80 €

Kinder- und Jugendhilfe unter Druck

Der Bremer Haushalt sieht keine finanziellen Verbesserungen für die freien Träger vor

VON STEFFEN PESCHGES

Bremen. Das SOS-Kinderdorf Bremen betreibt zusammen mit dem Amt für Soziale Dienste die Frühberatungsstelle Bremen-Süd. „Wir erleben täglich, wie entlastend es ist, wenn Eltern, die häufig mit dem Mangel an freiberuflicher Hebammenversorgung zu kämpfen haben, frühzeitig Hilfe ergänzend zur medizinischen Versorgung erhalten – vor allem in der Schwangerschaft und im ersten Lebensjahr eines Kindes." Das sagt Familienhebamme Ruby Ebel. Allerdings könnte es in ihrem Bereich bald Einschränkungen geben. Denn der Bremer Haushalt sieht für 2026 – mit Ausnahme der Bereiche Kindertagesbetreuung und Wissenschaft – keine Erhöhung bei der Erstattung von Sach- und Personalkosten für freie Träger vor, auch keinen Inflationsausgleich. „Auf uns kommen zusätzliche Kosten im fünfstelligen Bereich zu – zusätzlich zum Eigenanteil, den wir ohnehin jedes Jahr leisten müssen", sagt Dr. Lars Becker, Leiter des SOS-Kinderdorfs Bremen. „Das ist unter diesen Bedingungen kaum mehr leistbar."

Schon heute haben viele private Träger im Kinder- und Jugendbereich zu kämpfen. Gerade erst hat der private Bremer Jugendhilfeträger „Petri & Eichen" Insolvenz in Eigenverwaltung beantragt. Imke Sonnenberg, Vorstandsreferentin der Landesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege, zu deren Mitgliedern unter anderem das DRK, die Awo und die Diakonie zählen, äußert sich ebenfalls kritisch: „Die angekündigte Nullrunde bei den Zuwendungen für Jugendhilfeträger hat spürbare Auswirkungen auf die Angebotsstruktur." Langfristig, sagt Sonnenberg, werde so die Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien in Bremen geschwächt. „Ohne eine finanzielle Anpassung an gestiegene Kosten – etwa durch Inflation oder Tarifsteigerungen – geraten Träger zunehmend unter Druck."

Insolvenzen sollen vermieden werden

Dass der steigende Kostendruck für manche Träger durchaus existenzielle Konsequenzen haben kann, scheint auch der rot-grün-roten Koalition bewusst zu sein. In einer Stellungnahme der Koalitionäre vom 11. Juni zum Haushalt heißt es in Bezug auf die anstehende Nullrunde: „Die Koalition wird im weiteren Verfahren der Haushaltsaufstellung dafür sorgen, dass Härtefälle wie Angebotsschließungen oder Trägerinsolvenzen vermieden werden."

Ausgeschlossen sind sie damit nicht. Falk Wagner, Landesvorsitzender der SPD, sagt allerdings: „Wir gehen nicht davon aus, dass es so weit kommt. Aufgrund der großen Vielfalt der Zuwendungsempfänger und ihrer konkreten Aufgaben und Strukturen haben wir aber vorgesorgt, falls ein solcher Fall doch eintreten sollte." Die Koalition werde Geld bereitstellen, um Härtefälle abzuwenden. Hanns-Ulrich Barde, geschäftsführender Vorstand des Vereins Sportgarten, der Kinder und Jugendliche durch verschiedene Projekte dabei unterstützt, sportlich aktiv zu werden, sagt zur Situation: „Für die offene Kinder- und Jugendarbeit ist es ein Schock." Gerade erst habe man zwei junge Sportfachleute nach ihrer Ausbildung unbefristet übernommen. „Ob wir denen wieder kündigen müssen, werden die Haushaltsverhandlungen zeigen."

Auch Gerd Ziegler, Vorstand im Verein AfJ Kinder- und Jugendhilfe Bremen, ist alarmiert. Der Verein steht Familien und Jugendlichen sowohl zu Hause als auch in seinen eigenen Einrichtungen unterstützend zur Seite. Unter anderem betreibt der AfJ in Kooperation mit den Senatorinnen für Bildung und Soziales die Naturerlebnisfarm Ohlenhof in Gröpelingen, auf der regelmäßig Schulkassen zu Gast sind. „Es wird dazu führen, dass Stunden gekürzt werden müssen", sieht Ziegler voraus. Wo genau, vermag er nicht zu sagen. „Das sehen wir erst, wenn der Zuwendungsbescheid da ist."

Kritische Stimmen kommen auch aus der Opposition: „Wir haben immer ein Problem mit dem Rasenmäherprinzip", sagt Jens Eckhoff, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion. Sicherlich gebe es Einsparpotenziale, „wir würden aber lieber die Förderbescheide individuell betrachten und über einzelne Themen und Pakete diskutieren." Grundsätzlich sei es richtig, an einigen Stellen den Rotstift anzusetzen, meint auch Ole Humpich, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der FDP Bremen. Kein Verständnis habe man aber dafür, dass der Senat bei Jugendeinrichtungen und Organisationen, die junge Menschen bei ihrem Weg ins Berufsleben begleiten und soziale Teilhabe fördern, einsparen will, die Freikarte jedoch verlängere. „Da setzt Rot-Grün-Rot eindeutig die falschen Prioritäten!"

Laut Nina Willborn, Pressesprecherin der Senatorin für Soziales, Jugend und Integration, sei es noch zu früh, über konkrete Zuwendungen zu sprechen. Der Eckwertebeschluss des Senats sei ein Zwischenschritt. „Nach den Sommerferien werde der Senat die Haushaltsentwürfe der Ressorts bewerten, anschließend befassen sich zunächst die Deputationen und Ausschüsse damit. Danach beschließt der Senat die Haushaltsentwürfe und leitet sie an die Bremische Bürgerschaft zur Beratung und Beschlussfassung in erster und zweiter Lesung weiter. Bis alles final in trockenen Tüchern ist, dauert es noch: Die zweite Lesung des Doppelhaushalts 2026/27 ist laut Willborn für März 2026 geplant.

Kommentar Seite 2